

### Überarbeitung des Unionsrahmens für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation

Als Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, vertreten wir die Interessen der deutschen Förderbanken, die bundesweit oder regional ein Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft darstellen. Im Fokus der Tätigkeit dieser Bankengruppe, die im Auftrag ihrer Eigentümer – Bund und Bundesländer – handelt, steht die Durchführung von zielgerichteten Fördermaßnahmen. Ein großer Teil ihrer Förderaktivitäten entfällt auf die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Dazu werden nationale, regionale aber auch europäische Fördermittel eingesetzt. Dabei agieren die deutschen Förderbanken immer auf der Grundlage der europäischen beihilferechtlichen Vorschriften.

Der FuEul-Unionsrahmen spielt jedoch eher eine untergeordnete Rolle in der täglichen Arbeit der Förderbanken. Gleichwohl werten wir die entworfene Neufassung des Unionsrahmens als Indiz für die zukünftige Ausgestaltung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung in Bezug auf die FuEul-Vorschriften. Vor diesem Hintergrund möchten wir folgende Anmerkungen machen:

- **Verschärfung der Transparenzvorschriften**

Nach den derzeitigen Bestimmungen werden Beihilfeempfänger ab einer Beihilfesumme von mehr als 500.000 EUR mit bestimmten Förderdaten veröffentlicht. Nach der entworfenen Regelung in der Rn. 101 soll diese Summe auf 100.000 EUR abgesenkt werden. Diese Absenkung der Schwelle ist nicht akzeptabel. Die bisherige Schwelle von 500.000 EUR hat sich bewährt und ist auch ausreichend. Damit können Vorhaben von relevanter Höhe identifiziert und zugleich der Verwaltungsaufwand sinnvoll begrenzt werden.

- **Pauschale für indirekte Kosten**

In der Rn. 81 schlägt die EU-Kommission die Einführung einer Option für die Berechnung der indirekten Kosten eines Projektes vor. Dabei geht es um einen Aufschlag von 15 Prozent der förderfähigen direkten Kosten. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Diese Option wird zu einer Vereinfachung im Förderverfahren führen. In der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) gilt die vereinfachte Kostenoption jedoch nur für Vorhaben, die zumindest teilweise aus einem Unionsfonds finanziert werden. Da die EU-Kommission nun selbst anerkennt, dass auch bei ausschließlicher

**Juliana Kleine**  
Direktorin  
Recht und Kapitalmarkt

Tel.: 030 8192-272  
[juliana.kleine@voeb.de](mailto:juliana.kleine@voeb.de)

**10.05.2021**

Datei-Nr.: VÖB-Stellungnahme\_FuEul-  
Rahmen  
Seite 1/3

Bundesverband Öffentlicher Banken  
Deutschlands, VÖB, e.V.  
Lennéstraße 11, 10785 Berlin  
[www.voeb.de](http://www.voeb.de)

Präsident: Eckhard Forst  
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske  
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge-Krauß

Förderung durch die Mitgliedstaaten, d. h. ohne zusätzliche Unionsmittel, die Nutzung von Pauschalen zulässig ist, sollte diese Regelung auch Eingang in den Artikel 7 der AGVO finden.

Darüber hinaus schlagen wir vor, alle in den Strukturfondsverordnungen genannten vereinfachten Kostenoptionen auch in die Beihilfevorschriften zu übernehmen.

- **Controlling von wirtschaftlichen Nebentätigkeiten für mindestens 10 Jahre (Rn 22)**

Die Abgrenzung von wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten von Forschungseinrichtungen/Forschungsinfrastrukturen ist nahezu gleichgeblieben. Neu ist die Regelung, dass die wirtschaftliche Nebentätigkeit, sofern hierdurch die gesamte Tätigkeit einen nichtwirtschaftlichen Charakter erhält, für mindestens 10 Jahre ab der Aufnahme der Tätigkeit überwacht werden muss. Methodisch sollte diese Abgrenzung im Einklang mit den Regelungen der Bekanntmachung der EU-Kommission zum Beihilfebegriff stehen. Eine derartige Regelung ist aus der Bekanntmachung jedoch nicht ersichtlich. In der praktischen Umsetzung kann diese Regelung zu erheblichen Schwierigkeiten führen, bspw. wenn der Zeitraum der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der mit einer Förderung angeschafften Wirtschaftsgüter weit unterhalb der 10-Jahresdauer liegt. Weitere Schwierigkeiten können auftreten, wenn am Ende der 10 Jahres- oder einer längeren Frist tatsächlich die Grenze der wirtschaftlichen Nebentätigkeit überschritten wird.

Um jeglichen Missverständnissen vorzubeugen bedarf diese Regelung einer näheren Erläuterung durch die EU-Kommission anhand eines Beispiels.

- **Unklarer neuer Begriff einer „guten Buchführungspraxis“**

Bei den Regelungen zur Bestimmung der beihilfefähigen Kosten wurde ein neuer noch nicht bekannter Begriff einer „guten Buchführungspraxis“ eingeführt (vgl. Anhang 1 Abschnitt „Beihilfen für F&E-Projekte“ Buchstabe b). Diese Regelung sehen wir als Indiz für eine zukünftige Anpassung der AGVO. Wir können nicht bewerten, inwieweit hierdurch weiter oder enger gefasste Abschreibungsregeln von geförderten, jedoch nicht über den gesamten Nutzungszeitraum im Projekt verwendeten Wirtschaftsgütern geregelt würde. In der AGVO werden Grundsätze ordnungsgemäßer Buch-

Bundesverband Öffentlicher Banken  
Deutschlands, VÖB, e.V.  
Lennéstraße 11, 10785 Berlin  
[www.voeb.de](http://www.voeb.de)

Präsident: Eckhard Forst  
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske  
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge-Krauß

führung verwendet. Daher schlagen wir eine Streichung der „guten Buchführungspraxis“ vor und die Verwendung der Begrifflichkeiten aus der AGVO.

- **Einheitliche Abkürzungen**

In der deutschen Fassung des Entwurfs wird erstmals für „Forschung, Entwicklung und Innovation“ die Abkürzung FEI benutzt. An vielen Stellen finden sich jedoch die bisherigen Abkürzungen FuEu, FuE etc. Um Missverständnissen vorzubeugen, schlagen wir einheitliche Nutzung von Abkürzungen vor. Sollte jedoch eine Unterscheidung zwischen FuEu und FuE geben, so müsste dies klarer formuliert werden.

*Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 59 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 2.900 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Drittel des deutschen Bankenmarktes ab. Die öffentlichen Banken nehmen ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Mit 55 Prozent sind die ordentlichen VÖB-Mitgliedsbanken Marktführer bei der Kommunalfinanzierung und stellen zudem rund 23 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland zur Verfügung. Die Förderbanken des Bundes und der Länder haben im Jahr 2019 Förderdarlehen in Höhe von 59,8 Milliarden Euro bereitgestellt. Als einziger kreditwirtschaftlicher Verband übt der VÖB die Funktion eines Arbeitgeberverbandes für seine Mitgliedsinstitute aus. Die tarifrechtlichen Aufgaben, insbesondere der Abschluss von Tarifverträgen, werden von der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken wahrgenommen. Ihr gehören 62.000 Beschäftigte der VÖB-Mitgliedsinstitute an (Geschäftsjahr 2019). Weitere Informationen unter [www.voeb.de](http://www.voeb.de)*

Transparenzregisternummer: 0767788931-41

Bundesverband Öffentlicher Banken  
Deutschlands, VÖB, e.V.  
Lennéstraße 11, 10785 Berlin  
[www.voeb.de](http://www.voeb.de)

Präsident: Eckhard Forst  
Stellvertretender Präsident: Rainer Neske  
Hauptgeschäftsführerin: Iris Bethge-Krauß